



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Autobahnvignette
Für Rückfragen	Jürg Grossen, Nationalrat, Tel +41 79 444 94 65
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	4. März 2013

Grünliberale präsentieren Kompromiss bei der Autobahnvignette, SP schießt diesen zugunsten neuer Autobahnen ab

Auf Antrag der Grünliberalen hat sich der Nationalrat heute zuerst für eine Autobahnvignette von 80 Franken ausgesprochen. Das wäre die Basis für einen Kompromiss gewesen, nachdem der Nationalrat bislang für 70 Franken votierte, während der Ständerat an 100 Franken festhielt. Unverständlicherweise schoss die SP diesen Kompromiss mit einem Rückkommensantrag wieder ab und ebnete so den Weg für neue Autobahnen und vielleicht sogar für eine zweite Gotthardröhre. Das deshalb, weil das über die Vignette eingenommene Geld ausschliesslich für den Neubau und Unterhalt von Strassen verwendet wird. Die Grünliberalen können unter diesen Umständen dem Netzbeschluss nicht zustimmen, da neue Strassenbauprojekte erst dann in Frage kommen, wenn der motorisierte Individualverkehr endlich auch die Kosten für seine Emissionen (CO₂, Schadstoffe und Lärm) trägt.

Dass die SP den Kompromiss der Grünliberalen mit einem Rückkommensantrag abschoss, ist aus finanz- und umweltpolitischen Gründen unverständlich. Seit Beginn der Debatte über den Netzbeschluss hat sich die Ausgangslage stark verändert. Das Bundesgericht hat den Bau der Zürcher Oberlandautobahn, welcher mit über einer Milliarde Franken budgetiert war, gestoppt. Da die Zürcher Oberlandautobahn über die Autobahnvignette hätte finanziert werden sollen, muss es die logische Folge sein, dass die Autobahnvignette weniger stark erhöht wird als ursprünglich geplant.

Neubauprojekte nur bei Kostenwahrheit im Strassenverkehr

Die Grünliberalen halten es zudem grundsätzlich für falsch, neue Strassenprojekte über die Autobahnvignette zu finanzieren. Damit werden Wenig- und Vielfahrer gleich stark belastet und die Strasseninfrastrukturen nicht verursachergerecht finanziert. Wennschon sollte die Finanzierung der Strasseninfrastruktur über eine Erhöhung der Mineralölsteuer oder noch besser über ein Mobility-Pricing erfolgen. Zudem müssen die Kosten für die durch den Privatverkehr verursachten Emissionen (CO₂, Schadstoffe und Lärm) endlich mit einer Lenkungsabgabe oder durch eine ökologische Steuerreform auf die Verursacher übertragen werden.